



**Kleine Anfrage Alternative - Die Grünen Zug betreffend
Privater Weinabend auf Kosten des Kantons?**

Antwort des Regierungsrats
vom 13. März 2018

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Fraktion Alternative - Die Grünen Zug hat am 9. März 2018 eine Kleine Anfrage eingereicht. Gemäss der Fasnachtszeitung «Füürhorn» des Jahres 2018 und der Zuger Zeitung vom 9. Februar 2018, sollen die Regierungsräte Hürlimann, Villiger, Schleiss und Tännler nach einer Regierungsratssitzung einen grösseren Umtrunk genossen haben. Die Rechnung von notabene 1200 Franken hätten sie dann aber gemäss Zeitungen dem Landschreiber zugestellt. Dieser habe die Rechnung richtigerweise an den Absender zurückgeschickt. Die Fraktion der Alternativen - Die Fraktion Alternative - die Grünen Zug sei überrascht über diese Geschichte und goutiere solches Handeln nicht.

Einleitende Ausführungen

Grundsätzlich ist der Regierungsrat der Ansicht, dass das Kommentieren von Fasnachtszeitungen, -sujets und Schnitzelbänken nicht zu seinen Aufgaben gehört, und dass er sich besser auf die strategischen Aufgaben konzentriert. Gleiches gilt für anderes kulturelles Schaffen. Der vorliegende Fall stellt insofern eine Ausnahme dar, als er rufschädigende Elemente enthält, welche im Rahmen der Kleinen Anfrage mit Unterstellungen verquickt werden.

Die in der Kleinen Anfrage gestellten Fragen beantwortet der Regierungsrat wie folgt:

1. Entspricht diese Darstellung im Kern den Tatsachen?

Nein, die Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Die Rechnung wurde dem Kanton Zug nicht zur Begleichung zugestellt und somit dem Kanton nie verrechnet; die Rechnung wurde selbstverständlich privat bezahlt, weil es sich um einen privaten und den Kanton nicht betreffenden Anlass mit Gästen handelte. Die Beantwortung der Fragen 2 und 3 erübrigt sich daher. Immerhin gilt es festzuhalten, dass die genannten Regierungsratsmitglieder

- Anrecht auf ihre Privatsphäre haben;
- jederzeit ein korrektes Verhalten an den Tag gelegt haben und
- mit den Unterstellungen in der Kleinen Anfrage diskreditiert werden.

Insgesamt schießt der Vorstoss klar über das Ziel hinaus.

2. Wie verhält sich dieses Verhalten mit dem Sparwillen, den die Regierung in den letzten Jahren an den Tag gelegt hat?

Beantwortung obsolet.

3. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass solch eigennütziges Verhalten das Miteinander und das Vertrauen seitens des Kantonsrats sowie der Bevölkerung in den Regierungsrat fördert?

Beantwortung obsolet.

Regierungsratsbeschluss vom 13. März 2018

115/sl